

Elisabeth Jeggler

Ihre Stimme in Europa



## Infobrief aus Straßburg 24. - 28. Februar 2014

### Ukraine darf nicht zerfallen

Ich bewundere den außerordentlichen Mut und die Klugheit, mit der die ukrainische Bevölkerung eine komplette Eskalation verhindern konnte. Das oberste Ziel muss nun sein, die nationale Einheit des Landes zu gewähren. Hierzu gehört auch, dass Viktor Janukowitsch und seine abgesetzte Regierung für ihr Handeln zur Verantwortung gezogen werden. Für den friedlichen Wandel müssen alle



Quelle: Europäisches Parlament

politischen Kräfte der Ukraine zusammenarbeiten. Und ebenso darf weder das europäische noch das russische Engagement eine Spaltung der Ukraine bewirken. Der starke russische Einfluss ist eine Tatsache, die aber nicht im Widerspruch zu einer gleichzeitigen Orientierung des Landes nach Westen stehen muss. Wir müssen helfen, wieder Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der Ukraine herzustellen. Eine stabile politische Situation ist eng mit der Minderung der wirtschaftlichen und finanziellen Notlage verbunden. Ich freue mich sehr, dass auch aufgrund des ständigen Drucks der EVP-Fraktion Julia Timoschenko freigelassen wurde. Diese werde ich nächste Woche auf dem EVP-Kongress in Dublin treffen.

### Neue CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für PKWs: EU bleibt führend bei umweltschonenden Autos

Am Dienstag hat das Europäische Parlament strengere EU-Vorgaben für den maximalen Kohlenstoffdioxidausstoß neuer Personenkraftwagen verabschiedet. Dabei haben wir uns auf einen durchschnittlichen Grenzwert von 95 Gramm CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kilometer geeinigt. Diese Menge entspricht dem Verbrauch von weniger als vier Litern Kraftstoff auf 100 Kilometer. Der ab 2015 geltende Grenzwert liegt mit 130 Gramm noch um fast 40% höher. Bis 2020 dürfen bereits



Quelle: Europäisches Parlament

95% der Neuwagen eines Automobilherstellers diesen Wert im Durchschnitt nicht mehr überschreiten, ab 2021 müssen alle Neuwagen im Schnitt diesem Grenzwert entsprechen. Die Hersteller sollen somit die realistische Chance haben, die anspruchsvollen Ziele fristgerecht und ohne Abweichungen umzusetzen.

Darüber hinaus haben wir konkrete Anreize für die verstärkte Herstellung von Autos mit alternativen, emissionsarmen Antrieben geschaffen. So sollen die Hersteller, die besonders emissionsarmen Fahrzeuge produzieren sogenannte "Super-Credits" erhalten, die sie sich mehrfach auf ihre durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Bilanz anrechnen lassen können.

Die neuen Grenzwerte gewährleisten zum einen die Vorreiterrolle europäischer Automobilhersteller bei der Produktion umweltfreundlicher Autos und setzen zum anderen wichtige Anreize, um Investitionen in

neue, alternative Antriebstechniken zu fördern. Durch diesen Beschluss leistet die EU einen weiteren wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Reduzierung von Emissionen. Außerdem werden die angestrebten Entwicklungen auf lange Frist auch der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Autobauer und den Autofahrern zugutekommen. Dies ist gerade für Deutschland und Baden-Württemberg von großer Bedeutung. Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie [hier](#).

## Zwangsprostitution und Menschenhandel stoppen!

Am Mittwoch hat das Parlament über den Bericht zum Thema "Sexuelle Ausbeutung und Prostitution und deren Auswirkung auf die Gleichstellung der Geschlechter" abgestimmt.

Ich habe dem Bericht zugestimmt, obwohl ich die Herangehensweise des Berichts, keinen Unterschied zwischen Zwangsprostitution und freiwilliger Prostitution zu machen, nicht zielführend finde. Die Mehrheit der Abgeordneten hat sich jedoch dafür ausgesprochen, den Erwerb sexueller Dienstleistungen generell unter Strafe zu stellen. Dies ist beispielsweise heute schon in einigen skandinavischen Ländern der Fall. Meiner Ansicht nach wird die Bestrafung von Freiern nicht dazu führen, dass es weniger Prostitution geben wird, sondern dass die Dunkelziffer und der illegale Handel noch unkontrollierbarer werden.

Der Bericht enthält dennoch viele wichtige Forderungen, die ich mit meinem Votum ausdrücklich unterstütze. Der für mich wichtigste Aspekt besteht darin, die Mitgliedsstaaten dazu aufzufordern, beim Kampf gegen das organisierte Verbrechen bei Menschenhandel und Zwangsprostitution enger zusammenzuarbeiten. Außerdem soll das Mindestalter für Prostituierte auf 21 Jahre angehoben werden und die Mitgliedstaaten sollen Strategien entwickeln, um Frauen den Ausstieg aus dem Prostitutionsgewerbe zu erleichtern.

Der abgestimmte Bericht ist nicht rechtlich bindend und er wird keine unmittelbaren gesetzgeberischen Konsequenzen in den Mitgliedsstaaten nach sich ziehen. Allerdings fordert das Europäische Parlament die Europäische Kommission darin auf, verbindliche Vorschläge zu unterbreiten, wie EU-weit effektiver gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution vorgegangen werden kann. Über den genaueren Inhalt des Berichts finden Sie [hier](#) weitere Informationen.

## Tabakprodukttrichtlinie geht zu weit!



Quelle: Europäisches Parlament

Nach langen und zähen Verhandlungen hat das Europäische Parlament am Mittwoch die sogenannte EU-Tabakprodukttrichtlinie verabschiedet.

In meinen Augen schießt der Text deutlich über das Ziel hinaus und ich habe ihn daher abgelehnt.

Mir wäre wichtig gewesen, den Text auf Maßnahmen zu konzentrieren, um vor allem junge Menschen vom Rauchen abzuhalten.

Dieser Schwerpunkt wurde

jedoch nicht gelegt und es wurde eine Vielzahl von Regulierungen vorgenommen, die ich nicht für sinnvoll halte. Schockbilder, die in Zukunft einen Großteil der Verpackungen einnehmen sollen, werden meiner Meinung nach nicht zu weniger Zigarettenkonsum führen. Auch bin ich mir nicht sicher, ob die vorgesehene Regulierung der elektronischen Zigarette, die vielen Rauchern als Ausstiegsmöglichkeit dient, mehr schadet als nutzt.

Es ist gemeinhin bekannt, dass Rauchen schädlich für die Gesundheit ist. Die Politik kann den Bürgerinnen und Bürger nicht die Entscheidung abnehmen, wie sie ihr Leben führen und welche Risiken sie eingehen wollen. Das muss jeder einzelne für sich selbst entscheiden. Auch das gern genutzte Argument, dass durch Rauchen entstandene Krankheiten die Krankenkassen und somit die Allgemeinheit stark belasten würden, kann ich so nicht gelten lassen. Dann müssten folglich auch Warnhinweise auf beispielsweise ungesundes Essen angebracht und Risikosportarten verboten werden. Mehr zu dieser Thematik finden sie [hier](#).

**Elisabeth Jeggle MdEP**

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

**Anschrift Europäisches Parlament**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz – ASP 10E 209  
B-1047 Brüssel

**Tel.** 0032 - 2 - 284 5351

**Fax** 0032 - 2 - 284 9351

[elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu](mailto:elisabeth.jeggle@europarl.europa.eu)

**Anschrift Europabüro**

Elisabeth Jeggle  
Bahnhofstr. 8  
D-88250 Weingarten

**Tel.** 0751 - 560 92 530

**Fax** 0751 - 560 92 550

[kontakt@euroeggle.de](mailto:kontakt@euroeggle.de)

*mit herzlichen Grüßen  
Ihre Elisabeth Jeggle*

**Elisabeth Jeggle,  
Mitglied des Europäischen Parlaments**